10 Fakten

Leistungsanspruch

zur Bologna-Reform

Zufriedenheit

Reform

Bachelor

Universität

Anerkennung

Semester



Einführung

48 Staaten haben die Ziele des Bologna-Prozesses in ihr Hochschulsystem integriert. Neben dem Kernziel eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes soll die Reform laut Deklaration von 1999 "die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems fördern".

Nicht nur aus Sicht der Studenten ist es gut, ohne Brüche im Ausland studieren und über international anerkannte Abschlüsse leichter Arbeit finden zu können. Auch die Gesellschaft gewinnt im demografischen Wandel, wenn über die Bologna-Reform mehr ausländische Studenten an die Hochschulen kommen und zum Arbeiten im Land bleiben. Insgesamt sollen Studenten schneller in den Arbeitsmarkt einsteigen und neben dem Beruf weiterstudieren können.

Die neue Studienorganisation und die Arbeitsmarktchancen für Bachelorabsolventen werden jedoch immer noch kontrovers diskutiert. Diese Broschüre überprüft die geläufigsten Zweifel an der Bologna-Reform. Sie zeigt, wo Handlungsbedarf besteht, wo Erfolge in der Kritik untergehen und wo die Reform als Sündenbock für lange bestehende Defizite herhalten muss.

Die Zufriedenheit

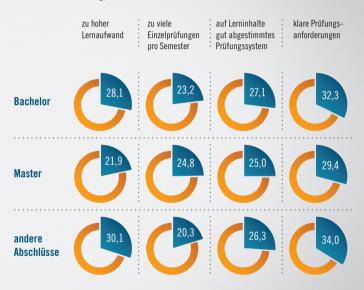
der Studierenden ist gestiegen

- Die meisten Studenten sind nach einer Umfrage der Arbeitsgruppe Hochschulforschung zufrieden: Rund 80 Prozent würden sich wieder für ein Studium und für ihr Fach entscheiden. Seit der Bologna-Reform ist die Zufriedenheit sogar gestiegen: 2001 sagten das erst 74 Prozent.
- Zwar stimmte jeder zweite Student in der Umfrage zu, dass Leistung stark gefordert ist. Dabei bewerteten Bachelor- und Masterstudenten mit 43 und 45 Prozent den Leistungsanspruch aber deutlich geringer als Studenten anderer Abschlüsse wie Diplom und Staatsexamen: Hier fühlten sich 62 Prozent stark bis sehr stark beansprucht.

Die Wahrnehmung, nach der Studenten unter höheren Belastungen leiden, ist kein spezielles Problem des Bologna-Systems, sondern unabhängig vom Studienabschluss und nur selten von Unzufriedenheit begleitet. Dennoch sollten Bedingungen wie die Betreuung der Studenten verbessert werden.

Urteil unabhängig vom Abschluss

Bewertung des Prüfungssystems, dargestellt als Anteil der Studenten mit hoher Zustimmung, in Prozent



Quellen: AG Hochschulforschung, 2013; Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2015

Die Mobilität

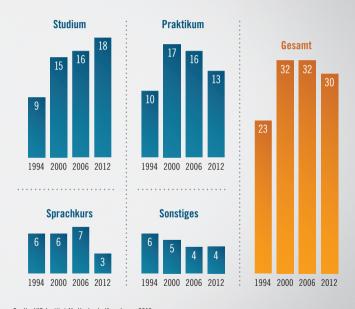
ist nicht gesunken

- Auch nach der Bologna-Reform bleibt der Anteil studienbezogener Auslandsaufenthalte deutscher Studenten im Erststudium bis 2012 bei etwa 30 Prozent. Das europäische Bologna-Ziel erreicht Deutschland mühelos: 20 Prozent der Absolventen sollen bis 2020 einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt von mindestens drei Monaten oder im Wert von 15 ECTS-Punkten vorweisen. In Deutschland können dies bereits 29 Prozent.
- Die Zahl deutscher Teilnehmer am EU-Auslandsstudienprogramm Erasmus hat sich zwischen 1999 und 2013 mit 34.891 mehr als verdoppelt der zweitbeste Wert unter den Erasmus-Ländern. 81 Prozent davon sind Bachelor- und Masterstudenten.

Die Mobilität ist durch die Bologna-Reform nicht gesunken. Um sie weiter zu erhöhen, sollte die Anerkennung von Studienleistungen im Ausland verbessert werden. Handlungsbedarf besteht zudem bei der Finanzierung als größter Hürde für ein Auslandsstudium.

Auslandsstudium wird immer beliebter

Studienbezogene Auslandsaufenthalte in höheren Semestern, in Prozent der Studierenden im Erststudium



Quelle: HIS-Institut für Hochschulforschung, 2013

Masterstudium

ohne große Hürden möglich

- ▶82 Prozent der Masterstudienanfänger nahmen ihr Studium laut dem HIS-Institut für Hochschulforschung im Wintersemester 2011/2012 innerhalb von fünf Monaten nach Abschluss des Erststudiums auf. 9 Prozent starteten innerhalb eines Jahres, weitere 9 Prozent noch später.
- ➤ Zu hohe Zugangsvoraussetzungen für einen Masterplatz waren für nur 6 Prozent der Grund für die spätere Aufnahme. Häufiger war der Wunsch, Praxiserfahrung zu sammeln (25 Prozent). Auch unter den Bachelorabsolventen, die kein Masterstudium begannen, gaben nur 19 Prozent der Universitätsstudenten (Fachhochschule: 14 Prozent) Zugangshürden als Grund an.

Die wenigsten Masterstudenten hatten Probleme beim Übergang. Die meisten konnten innerhalb weniger Monate beginnen und ihr Wunschfach an ihrer Wunschhochschule studieren. Offen ist aber, wie die stark gestiegene Zahl der Bachelorstudenten die Situation beeinflussen wird.

Der Wunsch nach Praxis geht vor

Gründe gegen die sofortige Aufnahme (mindestens zwölf Monate später) eines Masterstudiums nach dem Erstabschluss, in Prozent



Quelle: HIS:Forum Hochschule, 2013

Die Bologna-Reform verlängert

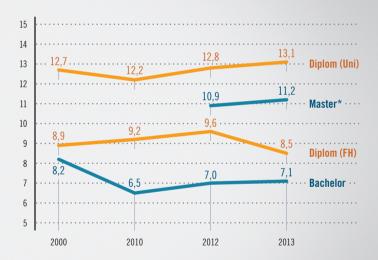
das Studium nicht

- Nach der Bologna-Reform ist die mittlere Studiendauer in den Bachelorstudiengängen gesunken: Lag sie 2000 mit 8,2 Semestern noch deutlich über der Regelstudienzeit von etwa 6 Semestern, sank sie bis 2010 auf 6,5 Semester. Bis 2013 hat sie sich bei 7,1 Semestern eingependelt.
- Im Vergleich zu Diplomstudenten studieren Masterstudenten an den Universitäten schneller: Die Absolventen des Jahrgangs 2012 brauchten nur 10,9 Semester. In den Diplomstudiengängen an den Universitäten lag die mittlere Studiendauer im gleichen Jahr bei 12,8 Prozent. An den Fachhochschulen ist die mittlere Gesamtstudiendauer in den Master- gegenüber den Diplomstudiengängen dagegen höher.

Die Statistiken liefern keinen Beleg, dass die Bologna-Reform die Studiendauer verlängert. An den Universitäten ist der Master heute schneller erreicht als das Diplom vor der Reform. Auch die Bachelorstudenten liegen näher an der Regelstudienzeit.

Uni-Diplom dauert am längsten

Gesamtstudiendauer in den einzelnen Abschlussarten, in Semestern und Medianwerten



^{*}Zahlen erst ab 2012 verfügbar Quellen: Statistisches Bundesamt, 2014; Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2014

Weniger Studienabbrecher

- Die Studienabbruchquote hat sich insgesamt zwischen 1999 und 2006 von 23 auf 21 Prozent verbessert. Unter den Bachelorstudenten lag sie 2006 bei 30 Prozent und sank bis 2012 auf 28 Prozent. Im gleichen Jahr brachen 27 Prozent der Diplomund Magisterstudenten an den Universitäten ab, an den Fachhochschulen 22 Prozent der Diplomstudenten.
- Masterstudenten studierten deutlich häufiger bis zum Abschluss: An den Universitäten brachen 2012 nur 11 Prozent ab, an den Fachhochschulen 7 Prozent. In Naturwissenschaften und Mathematik verließen nur 5 Prozent die Uni vorher, an den Fachhochschulen 3 Prozent.

Die Studienabbruchquote ist nach der Bologna-Reform nicht gestiegen. Allerdings zeigen die hohen Abbruchquoten der Bachelor Handlungsbedarf. Neben einer verbesserten Studienberatung sollten Anreize für Hochschulen und Studenten eingeführt werden, um erfolgreiche Studienabschlüsse zu fördern.

Leichte Verbesserungen, aber auf hohem Niveau

Studienabbruchquoten der Bachelorabsolventen nach Absolventenjahrgang, in Prozent



Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, 2014

Die Hochschulen sind

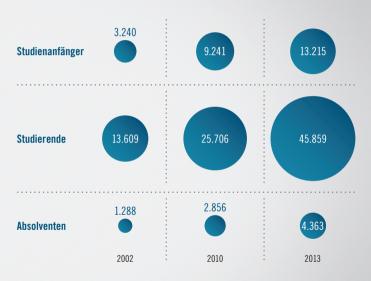
durchlässiger geworden

- Die Kultusministerkonferenz beschloss mit der Bologna-Reform 2009 Regeln für einfachere Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bildung. So haben Meister oder vergleichbar beruflich Qualifizierte seitdem grundsätzlich freien Zugang zum Studium. Zwischen 2002 und 2013 stieg die Zahl der Studienanfänger ohne schulische Hochschulreife von 3.240 auf 13.215.
- Die meisten dieser Studenten sind an Fernhochschulen oder Hochschulen mit einem gut ausgebauten E-Learning-System eingeschrieben. Fast 50 Prozent der Studienanfänger dieser Gruppe haben sich 2013 allein an der Fernuni Hagen immatrikuliert.

Die Hochschulgesetzgebung und die Bedingungen an den Hochschulen haben in den vergangenen Jahren nach und nach den Übergang zwischen beruflicher und akademischer Bildung verbessert. An den Absolventenzahlen wird dies erst in Zukunft abzulesen sein.

Abitur ist längst kein Muss mehr

Studenten und Absolventen ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung



Quelle: CHE - Centrum für Hochschulentwicklung, 2015

Die Arbeitgeber sind mit den

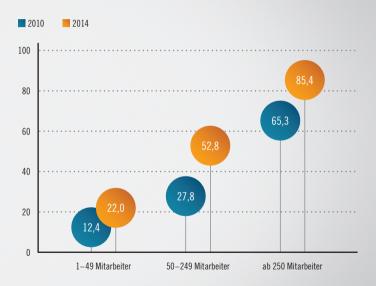
Bachelorabsolventen zufrieden

- Die Mehrheit der Unternehmen ist mit den Kompetenzen der Bachelorabsolventen zufrieden. In einer Umfrage aus dem Jahr 2010 bestätigten je nach Kriterium 65 bis 84 Prozent, dass Bachelorabsolventen die aus ihrer Sicht wichtigsten Fach-, Methoden- und Sozialkompetenzen mitbringen.
- Bachelorabsolventen werden zudem genauso häufig und schnell eingestellt wie andere Absolventen: Daten aus dem Zeitraum 2009 bis 2014 zeigen, dass sie weder bei der Arbeitslosenquote zwischen 2 und 4 Prozent noch bei der Suchdauer von 2,4 bis 3,1 Monaten abweichen. Die Mehrheit erhielt laut IW-Personalpanel zwischen 30.000 und 40.00 Euro Einstiegsgehalt Masterabsolventen bekamen trotz längerer Studienzeit maximal 10 Prozent mehr.

Die Umfragen unter Arbeitgebern von Bachelorabsolventen lassen nicht auf Unzufriedenheit schließen. Im Gegenteil: Die geringe Arbeitslosenquote und das Niveau der Einstiegsgehälter zeigen, dass der Übergang in den Arbeitsmarkt gelingt.

Bachelor immer beliebter

Anteil der Unternehmen, die mindestens einen Bachelorabsolventen beschäftigen, in Prozent



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2015

Die Bachelorabsolventen

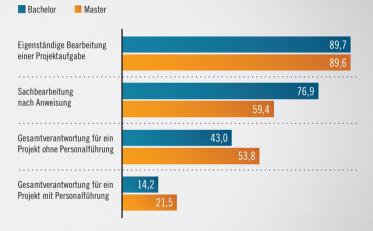
werden angemessen beschäftigt

- Vor der Bologna-Reform fühlten sich mehr Hochschulabsolventen unter Wert beschäftigt als danach: So meinten 19,8 Prozent der 2004 im Sozio-oekonomischen Panel befragten Hochschulabsolventen, dass sie eine Tätigkeit ausüben, für die kein Hochschulabschluss erforderlich sei. Bis 2010 sank dieser Anteil leicht auf 18,9 Prozent.
- Die Arbeitgeber trauen den Bachelor schon beim Berufseinstieg viel zu: 43 Prozent gaben 2014 an, ihnen die Gesamtverantwortung für ein Projekt zu geben, jeder siebte überließ ihnen Personalführung. Die Masterabsolventen erreichen die Projektleitung mit Personalführung in etwa jedem fünften Unternehmen.

Die Einstiegspositionen von Bachelorabsolventen sind nicht unverhältnismäßig schlechter als die der Masterabsolventen. Doch auch wenn sich nach der Bologna-Reform weniger Absolventen unterwertig beschäftigt fühlen, sieht sich knapp ein Fünftel nach wie vor nicht adäquat eingesetzt.

Eigenständigkeit ist gefragt

Einstiegspositionen für Bachelor- und Masterabsolventen 2014 Angabe der Ja-Quoten der Unternehmen, in Prozent



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2015

Der Bachelor ist häufig

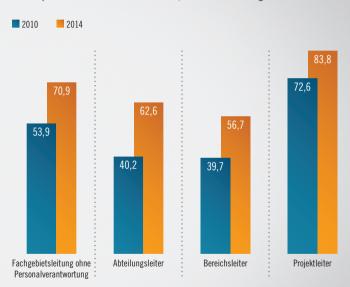
Karrieregrundlage

- Der Bachelorabschluss schafft eine gute Basis für einen Karrierestart. Mehr als 80 Prozent der Arbeitgeber gaben in Befragungen an, dass den Bachelorabsolventen Positionen vom Projektleiter bis zum Fachgebiets- und Abteilungsleiter offenstünden. Bei knapp zwei Dritteln waren Bachelorabsolventen 2014 Abteilungsleiter, 2010 waren es erst 40 Prozent.
- Das Gehalt entwickelt sich mit der Karriere: Rund 28 Prozent zahlten den Bachelorabsolventen technischer Fachrichtungen 2014 ein Einstiegsgehalt von 40.000 Euro und mehr. Nach drei bis fünf Jahren Berufserfahrung zahlten genauso viele mehr als 50.000 Euro. Für Wirtschaftswissenschaftler gilt ein ähnlicher Verlauf.

Die Daten zu Karrierepositionen und Gehaltsentwicklung zeigen, dass die Bachelorabsolventen in der privaten Wirtschaft gute Entwicklungschancen haben. Weitere Untersuchungen werden zeigen, wie ihre Karriereentwicklung im Vergleich zu der der Masterkollegen verläuft.

Die Verantwortung steigt

Karrierepositionen für Bachelorabsolventen, in Prozent der befragten Unternehmen



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2015

Die Chancen auf

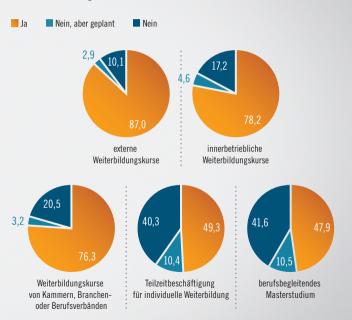
lebenslanges Lernen sind gut

- Unternehmen bieten Bachelorabsolventen mit internen und externen Kursen vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten an. Gleichzeitig ermöglicht fast die Hälfte der 2014 befragten Unternehmen eine individuelle Weiterbildung über Teilzeitmodelle. Rund 48 Prozent unterstützen ein berufsbegleitendes Masterstudium. Jährlich zahlen Unternehmen laut einer Studie rund 326 Millionen Euro für die akademische Weiterbildung ihrer Mitarbeiter.
- An den Hochschulen sind aktuell 20 Prozent aller Master- und 15 Prozent aller Bachelorstudiengänge neben dem Beruf studierbar. 55 Prozent sind allerdings Teilzeitstudiengänge, in denen feste Seminarzeiten und Anwesenheitspflichten bestehen.

Unternehmen unterstützen das lebenslange Lernen. Die Vereinbarkeit mit dem Beruf ist aber besonders an Hochschulen ausbaufähig: Ein Fernstudium oder eines für beruflich Qualifizierte ohne Hochschulreife ist bisher nur in wenigen Studiengängen möglich.

Weiterbildung ist die Regel

Die fünf häufigsten Maßnahmen zur Karriereentwicklung der Bachelorabsolventen 2014, in Prozent der befragten Unternehmen



Ausgewählte Quellen

Arbeitsgruppe Hochschulforschung: Sonderauswertung,

Universität Konstanz, 2013

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2014

CHE – Centrum für Hochschulentwicklung, Studieren ohne Abitur, URL: http://www.studieren-ohne-abitur.de/web/information/datenmonitoring/ [Stand: April 2015]

Die Entwicklung der Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen, Deutsches Zentrum für Hochschul- und

Wissenschaftsforschung, 2014

Karrierewege für Bachelorabsolventen, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2015

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutsch-

land 2012, HIS-Institut für Hochschulforschung, 2013

Das Masterstudium als 2. Phase der gestuften Studienstruktur, HIS:Forum Hochschule, 2013

Statistisches Bundesamt: Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980–2012, 2014



Impressum

Herausgeber: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

GmbH, Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Geschäftsführer: Hubertus Pellengahr **Projektleitung:** Philippe Riechel

Grafische Gestaltung: IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.



